

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG  
14. 4. 1966  
10. JG. / 33603  
15 PFENNIG

15

12 000 westdeutsche Persönlichkeiten, darunter neben Gewerkschafts- und SPD-Funktionären, Pfarrern und Künstlern auch zahlreiche Professoren und Studen-

## Grundfragen verlangen sachliche Erörterung

Redakteur Prof. Dr. G. Müller:

### Bewegung für westdeutsche Intellektuelle

Den Briefwechsel zwischen den beiden Parteien in Deutschland, der auf Initiative der SED begonnen hat, begrüßen wir sehr. In den lebhaften Diskussionen, die von den Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten der Karl-Marx-Universität über den Briefwechsel geführt werden, dominiert eine Ansicht: Die erfolgreiche Weiterführung des Dialogs gehört es, daß die SPD ihre Meinung offenlegt, ob sie für Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten ist, wie sie zum Friedensvertrag zwischen der DDR und der BRD führen könnten und wer die Macht in einem einheitlichen Deutschland haben soll - die Monopolisten der Arbeiterklasse. Ein Gedankenaustausch über diese Lebensfragen Deutschlands zwischen SED und SPD könnte ein wichtiger Schritt sein für die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten.

Im Austausch über die von der SED aufgeworfenen nationalen Grundfragen würde sich schon hin und wieder - auch vielen westdeutschen Intellektuellen wichtige Erkenntnisse geben und die Anregung über die Mitverantwortung bei der Schaffung einer demokratischen Alternative zu der herrschenden Bonner Notstandsdictatur und anderen Aufrüstung nachzudenken.

Dr. K. Bernhardt, Geophysik:

### Ernst der Lage gestattet kein Ausweichen

Daß der Offene Brief des ZK der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitag der SPD und an alle Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie in West-

### 20 Jahre erfolgreiche Gesundheitspolitik der Partei der Arbeiterklasse

Wie unter dieser Losung stehende wissenschaftliche Konferenz fand unter Teilnahme von Vertretern der Abteilung Gesundheitspolitik beim ZK der SED, der Abteilung Medizin des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen, der Abteilung Hoch- und Fachschulen der Be-

des SPD-Parteivorstandes gefunden hat, ist ein neues, zweifellos positives Element in den Beziehungen zwischen den beiden größten deutschen Parteien, das zu gewissen Hoffnungen und Erwartungen Anlaß gibt - zeigt es doch, daß blinder Antikommunismus und Feindschaft gegen die in der DDR herrschende Arbeiterklasse und ihre Partei auch in der Bundesrepublik immer mehr als untauglicher Ersatz für nationales Handeln empfunden werden.

Ohne Verständigung über das Antlitz eines künftigen einheitlichen Deutschlands, ohne sachliche Diskussion über die Herrschaftsverhältnisse in einem zukünftigen Gesamtdeutschland wird es keine Annäherung an dieses ferne Ziel geben. Der Ernst der Lage, die durch den aggressiven westdeutschen Imperialismus geschaffen wurde und täglich geschaffen wird, gestattet keinem verantwortungsbewußten deutschen Politiker mehr das Ausweichen vor den im Brief unserer Partei gestellten Grundfragen.

Prof. Dr. W. Orscheckowski, Erster Stellvertreter des Rektors:

### Hätte das Volk in Westdeutschland wirklich die Macht...

In der auf Initiative unserer Partei beginnenden Aussprache zwischen den beiden größten Parteien Deutschlands, der SED und der SPD, werden von der SED konsequent die nationalen Grundfragen in den Mittelpunkt gestellt. Sie richtet unter anderem in ihrem Offenen Brief an die SPD die Frage, wie das einzige Deutschland nach ihrer Meinung aussehen soll. Der Parteivorstand der SPD hielt es dagegen für richtig, uns in seinem Antwortbrief Empfehlungen für die Gestaltung unserer Lebensordnung in der DDR zu geben. Nun haben wir aber in den vergangenen zwanzig Jahren am eigenen Schicksal

am 6. April im Hörsaal der Hautklinik der Medizinischen Fakultät statt. In seiner Eröffnungssprache hob der Dekan der Fakultät, Herr Prof. Dr. F. Hauschild die richtungweisende Rolle der Partei bei der Entwicklung des für ganz Deutschland vorbildlichen Gesundheitswesens unserer Republik hervor und dankte besonders den Parteimitgliedern an der Fakultät für ihren persönlichen Einsatz beim Wiederaufbau und der sozialistischen Umgestaltung der Fakultät. Das Hauptreferat zum Thema der Konferenz hielt Genosse Dr. Ehmann, Mitarbeiter der Abteilung Gesundheitspolitik beim ZK der SED. Er ging auf die Bedeutung der Einheit der demokratischen Kräfte für die Überwindung der Kriegsverluste auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und bei der Entwicklung und Durchsetzung einer sozialistischen Gesundheitspolitik ein. Die Grundlage



an erfahren, wie sich das Leben der Menschen in einem Staat gestaltet, der keine Ausbeutung, keine Unfreiheit und Entrechtung der arbeitenden Menschen kennt; der die Erhaltung des Friedens zum obersten Gesetz erhebt und alles im Interesse und zum Wohle seiner Bürger tut. Denn was unseren Staat von allen früheren deutschen Staaten und auch vom Bonner Staat vor allem unterscheidet ist die Tatsache, daß das Volk selbst die Macht ausübt und nicht eine Minderheit von Ausbeutern. Die Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren beweist, daß die werktätigen Menschen diese Herrschaft immer besser ausüben, indem sie in den volkseigenen Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, durch vielfältige demokratische Organisationsformen aktiven Einfluß auf die Produktions- und Arbeitsbedingungen nehmen und unser Leben immer schöner gestalten. Das ist reale Demokratie; das sind die zentralen Grund- und Menschenrechte, die bei uns realisiert sind. Das sind aber auch die Ideale, für die die Arbeiterklasse seit ihrer Entstehung kämpft und die die Arbeiter-

klasse in Westdeutschland noch immer nicht errungen hat. Hätte das Volk in Westdeutschland wirklich die Macht, dann könnten die Hitlergeneräle keinen Atomkrieg mehr planen und vorbereiten, keine Revanchisten Gebietsforderungen an ihre Nachbarn stellen, keine Monopolisten die wirtschaftliche Unterdrückung anderer Völker erstreben und das Mitbestimmungsrecht den Arbeitern im Land verweigern, keine Minister Notstandsgesetze vorbereiten und keine Nazirichter dieses Unrechtsdrückungsrecht praktizieren; dann hätten auch die Arbeiter das Recht auf moderne, humanistische Bildung, die Durchsetzung der Gleichberechtigung und der Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage der Frau wäre garantiert, die Zukunft der Jugend gesichert.

B. Preußner, Sekretär der FDJ-Kreisleitung:

### „Wiedervereinigung“ durch NATO-Divisionen ist Illusion

Die Antwort des Zentralkomitees unserer Partei auf die „Offene Antwort“ des Parteivorstandes der SPD widerspiegelt unsere gesamte Politik zur Lösung der nationalen Frage. Sie gibt eine sachliche Einschätzung der Lage in den beiden deutschen Staaten. Mit den bereits im Offenen Brief aufgeworfenen Fragen wird eine klare Orientierung auf die Grundprobleme gegeben. Unser Zentralkomitee weist klar auf die Schwächen der Antwort der SPD hin, greift aber gleichzeitig alle Möglichkeiten auf, die dazu führen können, das Gespräch in Deutschland fortzusetzen.

Dazu ist es aber meiner Ansicht nach unbedingt nötig, daß die SPD sich klar von der Kriegspolitik der CDU/CSU abgrenzt. Gerade hierüber schweigt sich der SPD-Vorstand aber in seiner „Offenen Antwort“ aus. Spätestens seit den letzten Bundestagswahlen ist es aber klar geworden, daß im Fahrwasser der CDU/CSU keine erfolgreiche Deutschlandpolitik möglich ist. „Wiedervereinigung“ durch Einmarsch von NATO-Divisionen in die DDR - diese Rechnung geht nicht auf. Unser Manöver „Oktobersturm“ zeigte, daß eine solche „Politik“ mit der Zerschlagung des Aggressors auf seinem eigenen Territorium enden würde. Der XXIII. Parteitag der KPdSU macht aufs neue deutlich, daß das sozialistische Lager fest und zuverlässig geschlossen ist.

Deshalb ist es auch für den SPD-Vorstand an der Zeit einzusehen, was viele Mitglieder längst begriffen haben: Schluß mit dem Nachhaken dieser abenteuerrischen Politik! Eine klare Beantwortung der von uns aufgeworfenen Grundfragen könnte hier ein geeigneter Ausgangspunkt sein.

### Delegation der Universität besuchte Einheit der Volksarmee

Der Vorbereitung eines Freundschaftsvertrages zwischen dem Militärbezirk III unserer Nationalen Volksarmee und der Karl-Marx-Universität diente am Nachmittag des 6. April ein Besuch bei einem Truppen teil, an dem Magnifizenz Prof. Dr. Müller, eine Delegation der Universität, die Parteileitung unter Leitung ihres Sekretärs, Genossen Hans-Joachim Böhm, sowie Prorektoren, Dekane, Professoren und Vertreter des Reservistenkollektivs unserer Universität teilnahmen.

Die Genossen der NVA zeigten ihren Gästen Ausbildungsstätten, Unterkünfte und Kulturräume der Soldaten; bei der Besichtigung der Unterrichtsräume - sie sind mit „Unterrichtsmaschinen“ und Lehrgeräten ausgestattet, die zum großen Teil von den Soldaten selbst gebaut worden sind - kam es zu lebhaften Fachgesprächen über Methoden und Möglichkeiten des programmierten Unterrichts. Sehr beeindruckt zeigten sich die Gäste von dem hohen Fachwissen und dem militärischen Niveau der jungen Soldaten, das ihnen in kurzer Zeit seit Beginn der Ausbildung bereits vermittelt wurde; Gespräche über die effektiven Unterrichtsmethoden waren deshalb für die Hochschullehrer von großem pädagogischem Interesse.

Höhepunkt des Besuchs war die praktische Demonstration der Schnelligkeit und Kampfkraft einer Batterie unserer Truppenluftabwehr. Im Namen der Vertreter unserer Universität dankte der Rektor den Kommandeuren für den interessanten und aufschlußreichen Nachmittag. Die Mitglieder der Delegation bekräftigten ihre Überzeugung, daß eine enge freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Universität und Nationaler Volksarmee bei der vorrücken Ausbildung der Studenten und bei der Qualifizierung der Offizierskader unserer Volksarmee von großem beidseitigem Nutzen sei.

Politik der Partei und Regierung entwickelt wurden, aus denen später das Marxistische Kolloquium an der Karl-Marx-Universität hervorging. In einem weiteren Referat sprach Herr Prof. Dr. Dreischel, Prodekan der Medizinischen Fakultät für Forschung, „Über die Bedeutung der Planung und Leitung in Wissenschaft und Forschung“ unter den Bedingungen der modernen Wissenschaftsentwicklung. Genosse Dozent Dr. phil. H. Streubloff, Leiter der Abteilung Marxismus-Leninismus der Fakultät, umriß in seinem Beitrag die theoretischen Grundlagen der humanistischen Politik der Partei im Gesundheitswesen. Zu den Erfolgen und Aufgaben bei der Entwicklung der Zusammenarbeit von marxistisch-leninistischer Philosophie und Medizin“ referierte das Mitglied der FPL Genosse Oberarzt Dr. Fickenhain.

H. W. Dr. W.